

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 85 (1991)
Heft: 11

Artikel: "Wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat" :
der Beitritt der Schweiz zum IWF aus der Sicht der Betroffenen in Peru
Autor: Estermann, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143654>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Burkina Faso beispielsweise werden die Militärausgaben alljährlich um 14 Prozent vermindert und das Gesundheits- sowie Bildungswesen im Verlaufe der Reformpolitik ausgebaut. In manchen Ländern sind auch Landreformen überfällig. Oder Steuerreformen könnten vom IWF mit mehr Nachdruck gefordert werden, um Mehreinnahmen anzuvisieren, statt nur auf das Sparen zu setzen. In vielen Fällen dürfte das mit Konflikten mit den lokalen Eliten verbunden sein.

*

Die offenen Fragen wie auch die angeführte, berechtigte Kritik am IWF und an seinen Therapien zeigen, wie wichtig es ist, dass die Schweiz nach ihrem allfälligen Beitritt nicht

einfach unbesehen sich die IWF-Konzepte zu eigen macht, sondern sie kritisch hinterfragt und dadurch auch am Monopolanspruch der Bretton-Woods-Institutionen auf die richtigen wirtschaftspolitischen Rezepte rüttelt. Deswegen hat die Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas unter anderem entwicklungspolitische Leitplanken für die schweizerische Mitarbeit und eine breit abgestützte ausserparlamentarische Kommission im Hinblick auf Transparenz und Einflussmöglichkeiten gefordert. Diesen beiden Forderungen sind National- und Ständerat ein Stück weit entgegengekommen. Ein allfälliger Beitritt der Schweiz wird von den Hilfswerken als Herausforderung betrachtet, notwendige entwicklungspolitische Reformen voranzutreiben.

Josef Estermann

«Wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat»

Der Beitritt der Schweiz zum IWF aus der Sicht der Betroffenen in Peru

Die schwächliche Frau, die mit ihrem kranken Kind im Schultertuch vergeblich vor dem Gesundheitsposten wartet, hat noch nie vom «Internationalen Währungsfonds» gehört. Und doch ist gerade der IWF der eigentliche Urheber dafür, dass ihre kranke Tochter keine medizinische Hilfe erhält. – In der Schweiz ist die Diskussion um einen Beitritt zum IWF in vollem Gang. Die offizielle Eidgenossenschaft befürwortet einen solchen, damit sie «die weltweit gültigen Rahmenbedingungen für Handel und Wirtschaft aktiver als bisher mitgestalten» (Bundesrat Stich) und Einfluss auf die globale Entwicklungspolitik nehmen könne. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird der IWF als taugliches Mittel für die wirtschaftliche Sanierung verschuldeter Entwicklungsländer dargestellt. Ich möchte aus der Sicht der Betroffenen ein paar Gedanken zu dieser Diskussion beisteuern. J.E.

Vermeintliche «Entwicklungsorganisation» als Instrument der reichen Länder

1. Peru ist ein Land, dessen jüngste Geschichte die Schriftzüge und Tintenflecken

des IWF und des internationalen Finanzkapitals trägt. Nachdem der IWF jahrelang die Bedingungen für die Kreditvergabe an das hochverschuldete Andenland diktiert und somit dessen interne Politik faktisch be-

stimmt hatte, stellte sich *Alan García* 1986 dieser Plünderung des Landes entgegen, indem er beschloss, fortan nurmehr 10 Prozent der Kredit- und Zinsschulden zurückzuzahlen. Unter Federführung des IWF kam die Antwort postwendend: Peru wurde in Finanzkreisen zum Aussätzigen erklärt und in der Weltöffentlichkeit isoliert. Vierstellige Inflationsraten, Rezession und Massenarmut waren die unmittelbaren Folgen der Politik dieser vermeintlichen «Entwicklungsorganisation».

Seit August des vergangenen Jahres versucht nun die neue Regierung unter Alberto Fujimori krampfhaft, wieder in die Gunst des IWF zu kommen.

2. Der IWF ist in Wirklichkeit ein Instrument der reichen Industrieländer, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den armen, aber häufig rohstoffreichen Entwicklungsländern wirksam durchzusetzen. Als Mitglieder verfügen die 23 Industrienationen im Währungsfonds über ein *Stimmrecht von 62 Prozent*, die 125 Entwicklungsländer dagegen besitzen bloss 33 Prozent an Einflussvermögen.

Um neue Kredite von seiten des IWF zu erhalten, zahlt die peruanische Regierung seit vergangenem August monatlich 150 Millionen US-Dollar für die Schuldentilgung, dies vor allem an nordamerikanische und europäische Gläubiger. Dafür erwartet sie für dieses Jahr Kredite in der Höhe von 800 Millionen und für nächstes Jahr von 1200 Millionen US-Dollar. Davon wird aber kein einziger Dollar für das darniederliegende Notprogramm oder für Investitionen im eigenen Land eingesetzt werden. Der gesamte Kredit dient ausschliesslich der Schuldentilgung. Ohne peruanischen Boden zu berühren, fliesst das Geld vom IWF direkt auf die Konten der Gläubigerbanken, darunter auch die *Schweizer Grossbanken*. Den Preis dieses «internationalen Transfers» aber bezahlt das peruanische Volk.

3. Das Interesse von Wirtschafts- und Finanzkreisen an einem Beitritt der Schweiz zum IWF ist ein zweifaches: Zum einen können die Gläubigerbanken auf diese Weise die *Rückerstattung von Schulden* erwirken, die eigentlich längst bezahlt sind oder hätten abgebucht werden müssen. Zum

andern eröffnet die Politik des IWF *neue Märkte*, deren die Schweizer Exportwirtschaft dringend bedarf. Eine Mitgliedschaft beim IWF ist somit kein verlängerter Arm schweizerischer Entwicklungspolitik, sondern im Grunde genommen Wirtschaftsförderung im eigenen Land.

Die Folgen der IWF-Politik: Hunger und Tod

4. Der IWF stellt die *politischen und wirtschaftlichen Bedingungen*, damit die Entwicklungsländer in den Genuss von Überbrückungs- und Umschuldungskrediten kommen. Für Peru bedeuten diese Konditionen in Wirklichkeit Hunger und Tod. Was Lukas im Gleichnis vom anvertrauten Geld als ungezähmten Kapitalismus charakterisiert hat, wird hier bitterböser Alltag: «Wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat» (Lk 19,26).

Das peruanische Volk, das eigentlich schon zu Beginn der neuen Regierungsperiode mit leeren Händendastand, hat seither *eine Preiserhöhung nach der andern* über sich ergehen lassen müssen. Basisgüter sind für viele unerschwinglich geworden. Kinder bleiben der Schule fern, weil die Eltern das Schulgeld nicht bezahlen können oder die Kinder dringend als Arbeitskräfte brauchen. Der Brennstoff Kerosin, womit die Mehrheit der Bevölkerung kocht, stieg über Nacht um das Dreissigfache! Die Empfehlung der Regierung, zur Vorbeugung gegen die Cholera das Wasser mindestens zehn Minuten lang abzukochen, ist vor diesem Hintergrund für die grosse Masse der Armen blanker Zynismus.

5. Unter dem Druck des IWF und der internationalen Finanzwelt hat sich die peruanische Regierung zu einer *wirtschaftlichen Rosskur* sondergleichen entschieden. Während der Schuldendienst an die Gläubigerbanken wieder vorbildlich aufgenommen wurde, verteuerten sich Grundnahrungsmittel und Dienstleistungen fortlaufend, Sozialleistungen wurden systematisch abgebaut und Staatsbetriebe privatisiert. Die Staatskasse wird vorwiegend durch die indirekten Steuern auf Brennstoff, Strom und Wasser gefüllt; die ohnehin schon mittellosen Massen begleichen mit ihren dürftigen

Einkünften zu einem grossen Teil die monatlichen Schuldenzahlungen an ausländische Gläubiger.

Die grassierende *Cholera-Epidemie* ist nur die Spitze eines Eisbergs, welcher den Preis für Fujimoris IWF-konformen Sparkurs ausmacht. Die Regierung hat 1991 zum «Jahr der Sparsamkeit und der Familienplanung» ausgerufen. Böse Zungen meinen, dass die Familienplanung eben gerade in der «Sparsamkeit» bestehe (die Kindersterblichkeit beträgt rund 13 Prozent)...

6. Mittels der Bedingungen, welche der IWF stellt, wird die *Demokratie* ad absurdum geführt. In Peru werden unter Umgehung des Parlaments wichtige politische Entscheidungen immer öfter per Dekret des Präsidenten getroffen. Jüngstes Beispiel ist der Vertrag mit den Vereinigten Staaten zur Bekämpfung des Drogenhandels. Es ist ein offenes Geheimnis, dass von US-amerikanischer Seite ein Erfolg der laufenden IWF-Verhandlungen von der Unterzeichnung dieses Abkommens abhängig gemacht wurde. Es wird eine zunehmende Militarisierung grosser Gebiete, wenn nicht gar die faktische Aufgabe der nationalen Souveränität nach sich ziehen.

Das Zauberwort «Liberalismus»

7. Eine andere unmittelbare Folge der IWF-konformen Regierungspolitik sind der jüngste Arbeitskampf und die *brutale polizeiliche Unterdrückung* gewerkschaftlicher Grundrechte. Seit drei Monaten befinden sich das staatliche Gesundheitspersonal, seit mehr als einem Monat die Lehrerschaft in einem unbefristeten Streik. Ihre Hungerlöhne (umgerechnet ca. 50 Franken monatlich) reichen für eine vierköpfige Familie gerade noch, um eine Woche zu überleben. Der langfristige Schaden im Erziehungs- und Gesundheitswesen aber ist unermesslich.

Schliesslich führen zunehmende Verelendung und soziale Gewalt zu einer Verschärfung der *bürgerkriegsähnlichen Zustände* in manchen Gebieten. Die Aufständischen von Sendero Luminoso gewinnen vor allem unter enttäuschten Jugendlichen und in den grossen Armenvierteln von Lima vermehrt Sympathie und Unterstützung.

8. Das Zauberwort der Regierung in dieser Situation heisst «Liberalismus». Nach dem *Zusammenbruch des «realen Sozialismus»* meint die an amerikanischen Elite-Hochschulen gebildete Polit- und Wirtschaftskaste, das Heil des Landes in einer bedingungslosen Öffnung der Grenzen für Waren- und Kapitalimporte, in der Privatisierung von Staatsbetrieben und im radikalen Abbau des sozialen Netzes zu finden.

Nur unschwer lässt sich dahinter die Handschrift des *von den USA dominierten IWF* erkennen. Weil die Amerikaner sich durch den baldigen europäischen Binnenmarkt und Japan wirtschaftlich immer mehr ins Abseits gedrängt fühlen, versuchen sie, ihre liberalistische Heilslehre in Lateinamerika durchzusetzen. Für die übergrosse Mehrheit der peruanischen Bevölkerung aber bedeutet «Liberalismus» zunehmende Armut, Verelendung und Tod. «Frei» ist nur, wer Geld hat...

9. «Wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat.» Unter dem Druck des internationalen Finanzkapitals, welches im IWF das Sagen hat, wird das peruanische Volk bis aufs Blut *ausgesaugt und zusammengeknüppelt*. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Grenze absoluter Armut. Wer aber den Mund auftut und gegen die IWF-Politik von Fujimori protestiert, wird von den Ordnungskräften zusammengeschlagen. Auch wenn diese Rosskur auf die Dauer zu einer Gesundung der wirtschaftlichen Situation des Landes führen sollte, rechtfertigt dies doch niemals den Preis, der dafür bezahlt wird: Tausende von unterernährten Kindern bleiben auf der Strecke, vielen bleibt jegliche medizinische Betreuung versagt, ein Volk wird zum nackten Vegetieren verdammt.

10. In der *Logik der etablierten Schweiz* ist ein IWF-Beitritt folgerichtig und erfolgversprechend. Aus der Sicht der Betroffenen aber muss diese Logik als eine solche des Todes entlarvt und angeklagt werden.